

Die Anhänger von Homeschooling erhoffen sich durch die Corona-Krise mehr Anerkennung **SEITE 15**

Ein Gericht hebt die Baubewilligung für die Grossüberbauung im Brunaupark auf **SEITE 16**

«Es gilt zu verhindern, dass Zürich zum Risikogebiet erklärt wird»

Stadtrat Andreas Hauri begründet die Ausweitung der Maskenpflicht in erster Linie mit der Sorge um Risikogruppen

Herr Hauri, im Gesundheitsdepartement gilt Maskenpflicht am Arbeitsort für alle Mitarbeitenden. Auch für Sie? Selbstverständlich. Nicht, wenn ich an meinem Bürotisch sitze, aber wenn ich in den Gängen unterwegs bin oder an Sitzungen teilnehme, bei denen man den Abstand von 1,5 Metern nicht einhalten kann.

Sind alle Ihre 7000 Mitarbeitenden betroffen?

Ja. Für die meisten ist die Tragepflicht nichts Neues, nämlich für das medizinische Personal in den Spitälern und



Andreas Hauri
Gesundheitsvorsteher
(glp)

Pflegezentren. Das sind über 6000 Leute. Neu gilt die Maskenpflicht auch für die Mitarbeitenden im rückwärtigen Bereich. Nicht im Einzelbüro, aber im Sitzungszimmer, auf dem Gang oder im Kaffeeraum – es sei denn, man trinke gerade Kaffee.

Wie haben die Angestellten auf die Ankündigung reagiert?

Positiv. Das Verständnis ist gerade im Gesundheitsdepartement gross, da die Leute über die aktuelle Entwicklung auf dem Laufenden sind.

Begründen Sie bitte nochmals, weshalb es diese Maskenpflicht braucht.

Die Gefahr besteht, dass das Virus in die Spitäler oder Pflegezentren eingeschleppt wird. Auch Mitarbeitende aus der Verwaltung haben regelmässig Kontakt mit Mitarbeitenden aus den Betrieben.

Wird die Maskenpflicht bald in der ganzen städtischen Verwaltung eingeführt?



Im Zürcher Kunsthaus ist das Maskentragen, anders als in anderen Museen, noch freiwillig.

ENNIO LEANZA / KEYSTONE

Nein, momentan ist dies kein Thema. Aber ausschliessen kann ich das nicht.

Die Stadt hat begrenzte Möglichkeiten. Haben Sie diese mit den jetzigen Massnahmen, die ja ausschliesslich städtische Liegenschaften betreffen, bereits ausgeschöpft?

Wir könnten ein Besuchsverbot in den Spitälern und Pflegezentren erlassen, wie es im Frühling bereits in Kraft war. Wir wollen unbedingt verhindern, dass dies nötig wird, denn dies ist für Betroffene und Angehörige sehr schwierig.

«Selbstverständlich sind Trauungen noch möglich.»

Wirken Sie auf weitere Verschärfungen durch den Kanton hin?

Wir stehen mit dem Regierungsrat in engem Kontakt. Die Bedürfnisse der Stadt werden gut angehört. Es ist nicht unser Ziel, einen Alleingang zu machen.

In der Hand des Kantons läge beispielsweise eine Maskenpflicht für Kinos und Theater. Ist es nicht seltsam, wenn ich im Museum eine Maske tragen muss, im Theater aber nicht?

Es ist für die Leute sicher nicht einfach zu verstehen, dass an einem Ort eine Maskenpflicht gilt und am ande-

ren nicht. Mit dieser Unsicherheit und Unklarheit müssen wir leben. Aber die öffentlichen Bereiche unserer kommunalen Verwaltung sowie die Museen sind durchaus vergleichbar mit einem Laden, wo die Pflicht schon länger gilt.

Werden Personen ohne Maske am Schalter nicht bedient?

Gerade zu Beginn wird man Personen ohne Maske auf die Maskenpflicht aufmerksam machen. Es steht ein Notfallstock an Gratismasken bereit. Wenn man sieht, wie schnell die Leute im öV oder in den Läden die Tragepflicht akzeptiert haben, erwarte ich keine Probleme.

Ist eine Ziviltrauung noch möglich?

Selbstverständlich sind Trauungen noch möglich. Im Stadthaus gilt die Maskenpflicht, bis Sie das Trauzimmer erreichen. Zurzeit können neben dem Brautpaar und den Trauzeugen sechs Gäste bei der Trauung dabei sein.

Gehen wir noch einmal zum Grund für die Ausweitung der Maskenpflicht zurück. Warum ist Sie in Ihren Augen angezeigt?

Die Entwicklung der Fallzahlen in Kanton und Stadt beschäftigt uns. Wir müssen aufpassen, dass nicht zu viele Leute in Quarantäne müssen. Das ist mühsam für die Betroffenen und schadet der Wirtschaft. Unbedingt zu verhindern gilt es, dass Zürich zum Risikogebiet erklärt wird. Das wäre für Wirtschaft, Bevölkerung und Tourismus ganz schlecht.

Wie sieht es mit den Fallzahlen in den Zürcher Spitälern aus?

Sie sind stabil auf tiefem Niveau. Auch in den Alters- und Pflegezentren haben wir derzeit keine Fälle. Das ist sehr erfreulich. Doch je mehr Ansteckungen es bei jüngeren Leuten gibt, desto grösser ist die Gefahr, dass diese das Virus zu den vulnerablen Gruppen tragen. Das müssen wir verhindern.

Interview: Michael von Ledebur

Regierung soll Schülern und Lehrabgängern helfen

Der Kantonsrat fordert ein Konzept für den Schulbetrieb in der Pandemie und bessere Bedingungen nach dem Lehrabschluss

STEFAN HOTZ

Für Kinder und Jugendliche besteht durch das Virus, das seit einem halben Jahr unseren Alltag weitgehend bestimmt, in der Regel kein grosses gesundheitliches Risiko. Von den Folgen des Lockdowns auf Bildung und Wirtschaft sind sie jedoch ebenso stark betroffen wie die Erwachsenen. Im Einzelnen sind die Auswirkungen noch gar nicht absehbar. Der Kantonsrat hat sich am Montag mit zwei dringlichen Postulaten zu diesen Themen befasst. SP, FDP und GLP forderten in einem Vorstoss ein stufengerechteres Konzept, damit die Zürcher Volksschule auf eine zweite Welle vorbereitet ist. Der Regierungsrat zählte in seiner Stellungnahme die Angebote auf, welche die Bildungsdirektion zur Verfügung stellt, um schulische Defizite zu verhindern, auch für eine erneute Phase mit Fernunterricht. Er hebt aber hervor, dass die Bildungsinfrastruktur Sache der Gemeinden ist.

Die Arbeit des Volksschulamtes in der Corona-Krise stiess im Rat auf viel Anerkennung. Auch im Ton unterschied

sich die Debatte deutlich von der gehässigen Erklärung, mit der fünf Fraktionen im Mai die Bildungsdirektion abgekanzelt hatten. Der Erstunterzeichner und Sekundarlehrer Christoph Ziegler (glp., Elgg) bezeichnete deren Angebote allerdings als Körner, die wie in einem Hühnerhof ausgestreut zusammensuchen seien. Den Postulanten fehlt ein Konzept. Marc Bourgeois (fdp., Zürich) stellt sich ein kleines Vademecum für Schulen vor, die von Schliessungen und Quarantäne betroffen sind. Die EVP unterstützte den Vorstoss ausdrücklich ohne Enthusiasmus.

Eingeschränkter Spielraum

Auch die Kritiker sind parteipolitisch bunt gemischt. Gemünzt auf FDP und GLP meinte Matthias Hauser (svp., Hüntwangen), ausgerechnet Liberale würden die Notlage ausnutzen, damit der Kanton verbindliche Vorgaben erlasse. Die Schulleiterin Nora Bussmann (gp., Zürich) sagte, die beklagten Unterschiede gebe es auch im Präsenzunterricht. Einheitliche Konzepte würden den Gestaltungsspielraum einengen. Auch

CVP und AL sahen keine Notwendigkeit für neue Konzepte und schlossen sich der Regierung an, die sich gegen die Überweisung des Vorstosses ausgesprochen hatte. Der Rat überwies ihn gleichwohl mit 91 gegen 81 Stimmen. Regierungsrätin Silvia Steiner (cvp.) sagte, die Bildungsdirektion arbeite zusammen mit der Wissenschaft, Fachstellen sowie Bund und anderen Kantonen bereits an einem Konzept, um mit Covid-19 durch den Winter zu kommen.

Anreize für Arbeitgeber

Ebenfalls politisch ungewöhnlich ist das Trio, welches das zweite Postulat eingereicht hat: der Transportunternehmer Jürg Sulser (svp., Otelfingen), die grüne Ustermer Stadträtin Karin Fehr sowie der Schreiner und Sozialpädagoge Daniel Sommer (evp., Affoltern am Albis). Verlangt werden darin Anreize, damit Unternehmen trotz wirtschaftlichen Schwierigkeiten abgehende Lehrlinge weiterbeschäftigen. «Es ist zu verhindern, dass gut ausgebildete junge Berufsleute keinen Einstieg ins Berufs-

leben finden und so ein negatives Erlebnis mit sich tragen», sagte Sulser. Es sei in der derzeitigen Wirtschaftslage nicht allen Unternehmen möglich, ihre ehemaligen Lehrlinge zum geforderten Mindestlohn weiterzubeschäftigen.

Gegen den Vorstoss sprach sich nur gerade die CVP aus. Lorenz Schmid (cvp., Männedorf) wunderte sich, wie hier auf breiter Front ein Eingriff des Staats in den Arbeitsmarkt gefordert werde. Dieter Kläy (fdp., Winterthur) hatte zuvor erklärt, es gehe darum, kantonale umzusetzen, was die Sozialpartner auf Bundesebene vereinbart hätten. Die linke Seite wehrte sich gegen den Eindruck, sie fördere Lohndumping. Die Berufseinsteiger seien primär die Verlierer der Corona-Krise, sagte Harry Brandenberger (sp., Gossau). Man werde genau hinschauen, was vorgeschlagen werde.

Selbstverständlich teile sie das Anliegen, sagte die Volkswirtschaftsdirektorin Carmen Walker Späh (fdp.). Sie werde im Bericht aufzeigen, welche Auswirkungen die Krise auf die Jungen habe. Der Rat forderte diesen mit grosser Mehrheit denn auch an.

Stadtrat will Wirtschaft stützen

Regierung trifft Verbandsvertreter und prüft deren Forderungen

df. · Eine Delegation des Zürcher Stadtrats hat sich am Montag mit Vertretern von Wirtschaftsorganisationen getroffen. Dominierendes Thema des Austauschs seien «die massiven wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie auf die Stadtzürcher Unternehmen» gewesen, teilte das Präsidialdepartement auf Anfrage mit. Konkrete Entscheide sind noch nicht gefallen. Der Stadtrat sei sich aber der grossen Herausforderungen für viel Unternehmen bewusst. Er wolle Betriebe auch weiterhin «zielgerichtet und möglichst unbürokratisch» unterstützen – ergänzend zu den Massnahmen von Bund und Kanton. Wichtig sei auch, dass die Massnahmen «finanziell tragbar» seien.

Konkret ging es beim Corona-Wirtschaftsgipfel um Themen wie Kulanz bei Veranstaltungsbewilligungen, zusätzliche Sonntagsverkäufe oder finanzielle Unterstützung für einzelne Branchen. Auch über Boulevardflächen im Winter und Heizpilze wurde geredet. Der Stadtrat will die Anliegen nun «mit hoher Priorität» prüfen.